_

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Niedersachsen-Bremen

Sozialgericht Landessozialgericht Niedersachsen-

Bremen

Sachgebiet Pflegeversicherung

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

2. Instanz

Aktenzeichen L 12 P 19/23 Datum 25.01.2024

3. Instanz

Datum -

Die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Hildesheim vom 20.1.2023 wird $zur\tilde{A}^{1}/_{4}ckgewiesen$.

Au̸ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Der Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe und auf Beiordnung von RechtsanwĤltin F., G., für das Berufungsverfahren wird abgelehnt.

Gründe

I.

Die Beteiligten streiten $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber die Auszahlung eines Entlastungsbetrages nach $\hat{A}^{S}/_{4}$ 45b SGB XI in Höhe von 1.620,00Â â $_{1}$ ¬ fÃ $_{4}$ r die Zeit vom 1.6.2020 bis 29.6.2021 an den KlÃ $_{4}$ ger als Sonderrechtsnachfolger seiner verstorbenen Mutter.

Der 1971 geborene Kl \tilde{A} x ger ist der Sohn der am 29.12.1940 geborenen und am 29.6.2021 verstorbenen fr \tilde{A} 1 4 heren Versicherten der Beklagten H. (Versicherte). F \tilde{A} 1 4 r die Versicherte bestand vom 1.1.2019 bis 31.5.2021 eine Pflegebed \tilde{A} 1 4 rftigkeit nach Pflegegrad \tilde{A} 1 und vom 1.6.2021 bis zu ihrem Tode nach Pflegegrad \tilde{A} 2.

Im Januar 2022 beantragte der Kläger unter Vorlage selbst ausgestellter Rechnungen fþr im Zeitraum von Juni 2020 bis Juni 2021 fþr die Versicherte erbrachte â∏Boten- und Einkaufsgänge, jeweils 1,5 hâ∏ sowie â∏Mund-Nase-Schutz-Maskenâ∏ zwischen jeweils 124,00 â∏¬ und 140,00 â∏¬ (insgesamt: 1.676,00 â∏¬) deren Erstattung bei der Beklagten. Diesen Antrag lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 10.1.2022 ab, weil der Kläger nach seinen ihr gegenÃ⅓ber noch im September 2021 gemachten eigenen Angaben in häuslicher Gemeinschaft mit seiner Mutter gelebt habe. Eine Erstattung der eingereichten Rechnungen aus dem Entlastungsbetrag sei damit ausgeschlossen.

Den hiergegen vom KlĤger unter Verweis auf ein von der Versicherten getrenntes Wirtschaften und die (damalige) Maskenpflicht bei den erbrachten HilfstĤtigkeiten eingelegten Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 20.7.2022 aus den Grþnden des Ausgangsbescheides zurþck.

Hiergegen hat der KlĤger am 18.8.2022 zwei getrennte Klagen vor dem Sozialgericht (SG) Hildesheim erhoben (Kostenerstattung fýr â∏Boten- und Einkaufsgängeâ∏ = vorliegendes Verfahren; Kostenerstattung fþr Mund-Nase-Schutz-Masken = S 51 P 39/22) und zur Begrþndung auf sein Widerspruchsvorbringen verwiesen, welches von der Beklagten nur unzureichend gewürdigt worden sei. Im vorliegenden Verfahren hat er ergänzend geltend gemacht, die Beklagte sei ihrer Beratungspflicht nicht nachgekommen, da bei ordnungsgemäÃ∏er Beratung Ã⅓ber den Ausschluss von Haushaltsangehörigen bei der Leistung des Entlastungsbetrages die Dienste eines Anderen für die fraglichen Hilfstätigkeiten in Anspruch genommen worden wären. Im Ã∏brigen sei der Widerspruchsbescheid schon deshalb â∏insgesamt unrichtigâ∏, weil die Beklagte ein â∏falsches Antragsdatumâ∏ zugrunde gelegt habe.

Die Beklagte ist der Klage im vorliegenden Verfahren unter Bezug auf die von ihr im Widerspruchsbescheid genannten $Gr\tilde{A}^{1}/4$ nde entgegengetreten.

Das SG hat die Klagen im Termin am 20.1.2023 zur gemeinsamen Verhandlung verbunden. Die Klage zum GeschĤftszeichen S 51 P 39/22 (Kostenerstattung fÃ 1 /₄r Mund-Nase-Schutz-Masken) hat es anschlieÃ $^{-}$ end durch gesondertes Urteil abgewiesen; die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung in diesem Urteil hat der Senat mit Beschluss vom 3.7.2023 (L 12 P 15/23 NZB) zurÃ $^{-}$ 4ckgewiesen.

Mit Urteil vom 20.1.2023 hat das SG auch die Klage im vorliegenden Verfahren abgewiesen. Der Kläger sei als Sonderrechtsnachfolger seiner verstorbenen Mutter zwar aktivlegitimiert, jedoch sei die Auszahlung des Entlastungsbetrages an ihn bereits deshalb ausgeschlossen, weil er auch Pflegeperson seiner verstorbenen

Mutter gewesen sei. Aus den Sonderregelungen zur Bewäxltigung der Corona-Pandemie ergĤbe sich insoweit nichts Anderes. Es sei zudem nicht ersichtlich, dass der Versicherten die geltend gemachten Kosten auch tatsĤchlich entstanden seien. Vielmehr habe der KlĤger in der mündlichen Verhandlung selbst erklĤrt, seine Mutter habe stattdessen lediglich â∏dann und wannâ∏ mal seine Stromkosten beglichen oder die Kosten få¼r Einkå¤ufe å¼bernommen. Zudem stehe das Zusammenleben in häuslicher Gemeinschaft dem Erstattungsanspruch entgegen: Zwar ergĤbe sich diese EinschrĤnkung nicht aus dem Gesetzeswortlaut, jedoch sei der Gesetzesbegründung zu entnehmen, dass die Entlastung durch Inanspruchnahme von professionellen Angeboten bis zur Inanspruchnahme nachbarschaftlicher Hilfe reichen kA¶nne. Mithin habe eine Kostenerstattung in Gemeinschaften, in denen regelmäÃ∏ig â∏∏eine besondere Art des Zusammenhalts und der Hilfsbereitschaftâ∏ zu erwarten sei, ausgeschlossen werden sollen. Auf die GrundsÄxtze des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs könne sich der Kläger schlieÃ∏lich ebenfalls nicht stützen. Die Versicherte habe die in Rede stehenden Hilfen vielmehr erhalten, ohne Vergütungsforderungen des Klägers ausgesetzt gewesen zu sein. Daher habe sie keinen berücksichtigungsfähigen Nachteil erlitten.

Gegen dieses ihm am 24.2.2023 zugestellte Urteil hat der Kläger am 16.3.2023 Berufung eingelegt und zugleich die Bewilligung von Prozesskostenhilfe (PKH) sowie die Beiordnung von Rechtsanwältin F., G., für das Berufungsverfahren beantragt. Zur Begründung hat er auf sein bisheriges Vorbringen verwiesen. Seinem Anspruch könne nicht entgegengehalten werden, dass seiner Mutter keine Kosten entstanden seien; zur Vorlage von Zahlungsbelegen sei er vielmehr nicht aufgefordert worden. Im Ã□brigen stehe weder eine häusliche Gemeinschaft noch eine â□□Personengleichheit von Pflegeperson und Leistungserbringerâ□□ der Zahlung des Entlastungsbetrages entgegen, weil eine â□□nachbarschaftliche Hilfeâ□□ auch die Hilfe eine â□□Mitbewohnersâ□□ einschlieÃ□e und Pflegepersonen jedenfalls dann die notwendigen Entlastungstätigkeiten verrichten dürften, wenn anerkannte Dienstleister â□□ wie hier â□□ nicht verfügbar gewesen seien.

Der KlĤger beantragt nach seinem schriftsĤtzlichen Vorbringen sinngemĤÄ□,

- 1. das Urteil des Sozialgerichts Hildesheim vom 20.1.2023 sowie den Bescheid der Beklagten vom 10.1.2022 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 20.7.2022 aufzuheben,
- 2. die Beklagte zu verurteilen, ihm als Sonderrechtsnachfolger der verstorbenen H. 1.620,00 â□¬ zuzüglich Zinsen in gesetzlicher Höhe zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Sie h \tilde{A} ¤lt die angefochtenen Entscheidungen f \tilde{A} ½r zutreffend; die Berufungsbegr \tilde{A} ½ndung enthalte demgegen \tilde{A} ½ber keine neuen Gesichtspunkte.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des ýbrigen Vorbringens der Beteiligten wird auf den sonstigen Inhalt der Prozessakte und der Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen, die der Entscheidungsfindung des Senats zugrunde gelegen haben.

II.

Der Senat hat \tilde{A}^{1}_{4} ber die Berufung gem. \hat{A} \hat{A} \hat{A} \hat{A} \hat{A} \hat{A} \hat{A} durch Beschluss ohne m \tilde{A}^{1}_{4} ndliche Verhandlung und ohne Hinzuziehung der ehrenamtlichen Richter entscheiden k \tilde{A} nnen, weil er sie einstimmig f \tilde{A}^{1}_{4} r unbegr \tilde{A}^{1}_{4} ndet und eine m \tilde{A}^{1}_{4} ndliche Verhandlung nicht f \tilde{A}^{1}_{4} r erforderlich gehalten hat. Die Beteiligten sind zuvor angeh \tilde{A} \hat{A} rt worden; ihrer Zustimmung hat es nicht bedurft (\hat{A} \hat{A}

Die zulĤssige Berufung ist nicht begründet. Der als Sonderrechtsnachfolger (§Â 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB I) seiner Mutter zur Geltendmachung des streitigen Anspruchs aktivlegitimierte Kläger kann mit seinem Begehren auch zur Ã□berzeugung des Senats jedenfalls deshalb nicht durchdringen, weil schon ein Anspruch der Versicherten hierauf bei â□□ wie hier â□□ Inanspruchnahme eines pflegenden Angehörigen nicht entstehen konnte. Die angefochtenen Entscheidungen der Beklagten und des SG sind deshalb im Ergebnis nicht zu beanstanden.

Das SG hat in seinem Urteil zutreffend zunÄxchst auf § 45b SGB XI in der für den Fall noch ma̸geblichen, bis zum 31.12.2023 geltenden Fassung (SGB XI a.F.) als vorrangig in Betracht kommende gesetzliche Grundlage fA¼r den streitigen Anspruch abgestellt. Danach haben Pflegebedürftige in häuslicher Pflege Anspruch auf einen Entlastungsbetrag in Höhe von bis zu 125,00 â∏¬ monatlich. Der Betrag ist dabei zweckgebunden einzusetzen für qualitÃxtsgesicherte Leistungen zur Entlastung pflegender AngehĶriger und vergleichbar Nahestehender in ihrer Eigenschaft als Pflegende sowie zur FĶrderung der SelbstĤndigkeit und Selbstbestimmtheit der Pflegebedļrftigen bei der Gestaltung ihres Alltags (<u>§Â 45b Abs. 1 Satz 2 SGBÂ XI</u> a.F.). Die Leistung kann innerhalb des jeweiligen Kalenderjahres in Anspruch genommen werden; wird die Leistung in einem Kalenderjahr nicht ausgeschäft, kann der nicht verbrauchte Betrag in das folgende Kalenderhalbjahr übertragen werden (§Â 45b Abs. 1 Satz 5 SGB XI a.F.). Die weiteren Voraussetzungen ergeben sich aus §Â 45b Abs. Â 2-4 SGBÂ XI a.F. Hiernach haben die Beklagte und das SG den Anspruch des KIägers im Ergebnis zurecht verneint; das Vorbringen des KIägers und die erneute ̸berprüfung der Sach- und Rechtslage im Berufungsverfahren rechtfertigen keine andere Beurteilung.

Der Kläger war im streitigen Zeitraum unwidersprochen â∏pflegender Angehörigerâ∏ seiner Mutter, zu dessen Entlastung der Betrag nach <u>§Â 45b SGB XI</u> aber gerade eingesetzt werden soll â∏ u.a. um den Pflegebedürftigen zu helfen, möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung zu bleiben (zur Zielsetzung der Angebote allgemein eingehend <u>BT-Drs. 18/1798, S. 34</u> ff. sowie <u>BT-Drs. 18/5926, S. 132</u>). Damit ist es unvereinbar, die gerade von diesen

â□□pflegenden Angehörigen und vergleichbar Nahestehenden in ihrer Eigenschaft als Pflegendeâ□□ erbrachten Leistungen hiernach abzurechnen (vgl. Landessozialgericht (LSG) Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 2.6.2022 â□□ L 12 P 35/21). Ob es sich bei den Leistungen des Klägers darýber hinaus um entsprechend â□□qualitätsgesicherte Leistungenâ□□ handelte, ob und in welchem Umfang diese der Versicherten tatsächlich in Rechnung gestellt wurden und ob ihrer Erstattung dabei ggf. zusätzlich entgegensteht, dass der Kläger im streitigen Zeitraum mit seiner Mutter in häuslicher Gemeinschaft bzw. in â□□Wohngemeinschaftâ□□ lebte, bedarf vor diesem Hintergrund keiner weiteren Erörterung. Hierauf kommt es vielmehr nicht (mehr) an.

Der Kläger kann seinen (Erstattungs-)Anspruch auch nicht auf eine sonstige gesetzliche Grundlage stýtzen. Insbesondere führen die Sonderregelungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie â□□ wie die Beklagte und das SG ebenfalls bereits zurecht festgestellt haben â∏ nicht zu einer anderen Beurteilung. Dies folgt bereits daraus, dass für die Versicherte, die sowohl vor als auch während der Corona-Pandemie ausschlieÄlich von ihrem Sohn als nicht erwerbsmä¤Älige Pflegeperson im Sinne von § 19 SGB XI gepflegt und betreut wurde und auch â∏∏ soweit ersichtlich â∏ allein von diesem Hilfen im Sinne der fraglichen Alltagsunterstýtzungsleistungen in Anspruch nahm, ein durch das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 im Einzelfall im häuslichen Bereich verursachter pflegerischer Versorgungsengpass weder glaubhaft gemacht wurde noch vorgelegen haben kann (vgl. LSG, Urteil vom 24.11.2022 â∏∏ <u>L 6 P 16/22</u>, juris Rn. 55; LSG Baden-Württemberg, Beschluss vom 9.11.2020 â∏∏ <u>L 4 P 3250/20</u> ER-B). Im ̸brigen aber sieht auch die insoweit einschlägige Bestimmung des <u>§Â 150 Abs. 5b</u>, 5c SGB XI keine Einbeziehung â∏∏pflegender Angehöriger und vergleichbar Nahestehender in ihrer Eigenschaft als Pflegendeâ∏∏ in den Kreis â∏andererâ∏ Hilfeleistungserbringer nach §Â 45b SGBÂ XI vor.

Auf einen sozialrechtlichen Herstellungsanspruch kann sich der KlĤger schlieà lich ebenfalls nicht mit Erfolg stýtzen. Abgesehen davon, dass für einen â lone von ihm allerdings auch nur pauschal behaupteten â lone Beratungsfehler der Beklagten zur Inanspruchnahme des Entlastungsbetrages nach §Â 45b SGB XI a.F. nichts ersichtlich ist, kann auch ein konkreter sozialrechtlicher Nachteil der Versicherten nicht erkannt werden. Das Berufungsvorbringen, es sei eine â lone lattose Falschbehauptungâ lone, dass er für seine Hilfs- und Unterstützungstätigkeiten keine Entlohnung verlangt habe, ersetzt den hierüber erforderlichen konkreten Nachweis (vgl. erneut LSG Niedersachsen-Bremen, a.a.O., juris Rn. 23) nicht.

Die Kostenentscheidung beruht auf einer entsprechenden Anwendung der <u>§Â§Â 183</u>, <u>193 SGG</u>.

 $Gr\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde $f\tilde{A}\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision ($\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs.} \hat{A} 2 \text{ SGG}}{1}$) liegen nicht vor.

III.

Aus den genannten Gründen war auch der Antrag des Klägers, ihm PKH für das Berufungsverfahren unter Beiordnung einer Rechtsanwältin zu bewilligen,

abzulehnen.

PKH unter Beiordnung eines/einer Rechtsanwalts/RechtsanwĤltin erhält gem. <u>§Â 73a Abs. 1 Satz 1 SGG</u> i.V.m. <u>§Â§Â 114 Satz 1</u>, <u>121 ZPO</u> eine Partei nur, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet und nicht mutwillig erscheint. Hiervon konnte nach dem Gesagten ungeachtet der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Klägers bereits zum Zeitpunkt der Entscheidungsreife des PKH-Antrages nicht ausgegangen werden.

Die Entscheidung über die Ablehnung der PKH ist nicht anfechtbar, §Â 177 SGG.

Â

Â

Erstellt am: 30.08.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024